

## Die „Flüchtlingskrise“ – eine Krise der Verwaltungen?

Mit der öffentlichen Verwaltung und ihren Problemlagen setzen sich in der Verwaltungswissenschaft unterschiedliche Disziplinen auseinander, wie die Rechtswissenschaft, die Betriebswirtschaftslehre/Public Management, die Politikwissenschaft, die Soziologie etc. Allerdings stellt sich kontinuierlich die Frage, bei welchen Tagungen sich Forscher aller Teil-/Disziplinen gemeinsam treffen bzw. gemeinsam in Organen schreiben und aus verschiedenen Blickwinkeln die gleiche gesellschaftliche Problemlage/Fragestellung analysieren und im Sinne einer Lösung „konstruktiv streiten“. Oder ob mitunter nicht doch noch öfter über andere Disziplinen, statt mit anderen Disziplinen geredet wird. Gerade bei komplexen Problemlagen verspricht es besondere Potenziale, die verschiedenen Perspektiven und methodischen Zugänge von Forschern und Praktikern verschiedener Disziplinen in einem Werk im ersten Schritt zumindest zu bündeln, um Impulse für weitere inter- und transdisziplinäre Überlegungen zu geben. Die sog. Flüchtlingskrise ist sicherlich ein Handlungs- und Forschungsfeld, welches in besonderer Weise von der Zusammenführung verschiedener Disziplinenrichtungen profitieren kann.

Vor diesen Hintergründen entstand die Idee für dieses Heft. Die Überlegung war, dass Wissenschaftler mit einem Forschungsschwerpunkt für öffentliche Verwaltung und Praktiker aus Sicht ihrer Disziplin/Teildisziplin bzw. ihrer Forschungsbereiche im Gesamtfeld auf ein bestimmtes Thema eingehen, indem sie besonders relevante Probleme, Lösungsansätze und Forschungsnotwendigkeiten sehen. Auch das Herausgeberteam setzt sich in diesem Sinne aus verschiedenen Fachdisziplinen/Teildisziplinen zusammen.

Im Jahr 2015 sind zwischen 800.000 und eine Millionen Menschen nach Deutschland geflohen. Auf kommunaler Ebene traten dabei mit der Unterbringung sowie der laufenden Betreuung und Integration der Flüchtlinge zwei Aufgabenfelder besonders hervor.

In dem Beitrag von *Schuppan/Köhl* wird für eine verwaltungswissenschaftliche Modernisierungsforschung plädiert, die sich um Krisenmanagement erweitert. Dazu analysieren die Autoren die besonderen Management- sowie organisatorischen Anforderungen in Krisensituationen. Der Beitrag zeigt, dass Krisenmanagement eine andere Sicht, Philosophie und vielfach andere Instrumente erfordert, weshalb bisherige Reformen nur bedingt wirken. *Schuppan/Köhl* legen anhand verschiedener Beispiele dar, dass Verwaltungsorganisationen gefordert sind, schnell und vor allem effektiv vom Normalmodus auf den Krisenmodus umzuschalten. Der Beitrag von *Bogumil/Hafner/Kuhlmann* beschäftigt sich mit dem Verwaltungshandeln in der Flüchtlingskrise und den Ursachen für die aufgetretenen Vollzugsprobleme. Im Fokus stehen die Vollzugsrealität und die Verwaltungsvarianz im Bereich der Erstaufnahme von Flüchtlingen als auch die von den Bundesländern mittlerweile begonnenen Reformen im Verwaltungsvollzugssystem. Deutlich wird, dass nötige Reformen zur Modernisierung des Verwaltungsvollzugssystems lange „verschleppt“ wurden. Künftig sind nach den Autoren drei Wege denkbar, die Optimierung im Status quo (am realistischen) oder die zwei radikaleren Reformwege, eine stärkere Dezentralisierung oder eine stärkere Zen-

tralisierung. *Morner/Misgeld* charakterisieren die Flüchtlingskrise als Wicked Problem, dem sich nicht mit zentralistischen Ansätzen begegnen lässt und sprechen sich für eine kollaborative Form von Self-Governance-Ansätzen, eines gemeinschaftlichen Zusammenwirkens, zur Stärkung der Handlungsfähigkeit aus. Die Autoren betonen die dezentral vertrauens- und respektvolle Vernetzung von Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und die Voraussetzungen hierfür. *Hahlen/Kühn* analysieren die Entwicklung der Flüchtlingskrise und die von Politik und Verwaltung eingeleiteten Maßnahmen im Kontext der dazu vom Nationalen Normenkontrollrat ausgesprochenen Empfehlungen. Es wird deutlich, dass sich die Bewältigungsstrategien trotz vielfältiger Rechtsänderungen und Personalvermehrung nicht durch besondere Agilität, d.h. eine tiefergehende Flexibilität, auszeichnen. Bestehende Zuständigkeiten und Aufgabenzuschnitte wurden nicht in Frage gestellt. Die Auseinandersetzung mit dem optimalen Zusammenspiel von fachlichen und örtlichen Zuständigkeiten hat nach den Autoren an Relevanz gewonnen und sollte als eigenständiges Querschnittsthema von der Politik beachtet werden sollte. *Hubert Meyer* analysiert die Herausforderung, vor denen die Kommunen, aber nicht nur diese, durch die Krise gestellt worden sind. Dabei zeigt er besonders relevante praktische Aspekte auf. Die fehlende Wirksamkeit des Rechts und die Defizite bei der Bewältigung der Krise in rechtsstaatlichen Strukturen werden mit einiger Sorge dargestellt. Zudem beschreibt Meyer die rechtspolitischen Reformbemühungen auf Europäischer, Bundes- und Landesebene. Betont wird die Notwendigkeit, den Verwaltungsvollzug in den Blick zu nehmen. Viele der Beiträge erachten eine effektivere Zusammenarbeit von Bund, Länder und Kommunen als erforderlich. Jedoch bleibt insgesamt offen, ob eine veränderte Aufgabenverteilung eher in Richtung des Bundes oder der Länder gehen sollte. Wichtig wären in jedem Fall eine deutliche Entflechtung und ein Abbau von Schnittstellen. Die Flüchtlingskrise sollte nicht zu einer Krise der Verwaltungen führen, sondern als Chance zur Entwicklung von zukunftsfähigen Strukturen genutzt werden. Inter- und transdisziplinäre Arbeiten bleiben in diesem Feld besonders erkenntnisreich und gestaltungsrelevant.

Der Diskurs zu dem Thema soll auch in V&M weitergeführt werden. Autoren verschiedener Disziplinen sind eingeladen, den Austausch fortzusetzen.

Wir würden uns freuen, wenn das Heft einige Impulse liefert und einen kleinen Beitrag dazu leisten würde, auch disziplinübergreifend im Fachdiskurs noch mehr miteinander, statt übereinander zu reden und zu schreiben.

Ihre

Prof. Dr. Jörg Bogumil, Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Sabine Kuhlmann, Universität Potsdam

Prof. Dr. Veith Mehde, Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Ulf Papenfuß, Universität Leipzig

Prof. Dr. Tino Schuppan, Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Schwerin